



RheinlandPfalz

MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT



RheinlandPfalz

AUFSICHTS- UND
DIENSTLEISTUNGSDIREKTION

Übersicht IKZ- Förderprojekte 2024



1. Gemeinsame Vergabestelle - VGen Altenkirchen-Flammersfeld, Hamm (Sieg) und Wissen

→ Beantragte Fördermittel: 210.000 €

→ Gesamtkosten im Förderzeitraum: 666.919 €

Gemeinsame Vergabestelle	
Kommunen	Verbandsgemeinden Altenkirchen-Flammersfeld, Hamm(Sieg) und Wissen
Aufgabenspektrum	Gründung einer Vergabestelle zur Verbesserung und Sicherstellung des öffentlichen Leistungsangebotes: <ul style="list-style-type: none">• Durchführung sämtlicher Vergabeverfahren im Verbund• Bündelung von Kompetenzen in diesem Bereich• Wirtschaftlichkeit
Ziel	Nutzung von Synergieeffekten und Einsparung von externen Dienstleistern bei komplexen Verfahren. Zudem soll eine effiziente und wirtschaftliche Abwicklung der Vergabeverfahren geschaffen werden. Durch eine Vereinheitlichung der Vergabeplattform, von Vergabeunterlagen und Ansprechpartnern wird eine höhere Attraktivität bei Bieterinnen angestrebt.
Beabsichtigte Form der Kooperation	Zweckvereinbarung
Mehrwerte	<ul style="list-style-type: none">• Verbesserung des öffentlichen Leistungsangebotes• Effiziente Aufgabenwahrnehmung• Trennung zwischen dem allgemein zuständigen Ansprechpartner der Fachabteilung und der ausschreibenden und zuschlaggebenden Stelle• Bündelung von Know-how• Sicherstellung des Leistungsangebotes
Kontakt	Frau Hanna Schuh Tel.: 0 26 81 / 85 264 hanna-schuh@vg-ak-ff.de

2. Koordinierungsstelle Vormundschaften – KVen Kaiserslautern, Donnersbergkreis und Kusel, SV Kaiserslautern

→ Beantragte Fördermittel: 370.000 €

→ Gesamtkosten im Förderzeitraum: 356.400 €

Koordinierungsstelle Vormundschaften	
Kommunen	Kreisverwaltungen Kaiserslautern, Donnersbergkreis, Kusel sowie die Stadtverwaltung Kaiserslautern
Aufgabenspektrum	<p>Einrichtung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle zur gesetzlichen Umsetzung der Vormundschaftsreform im Land Rheinland-Pfalz. Eine Verstetigung ist geplant.</p> <ul style="list-style-type: none">• Aufgabe der Vormundschaft ist funktionell, organisatorisch und personell von den übrigen Aufgaben des Jugendamtes zu trennen• Bündelung von Kompetenzen in diesem Bereich• Wirtschaftlichkeit
Ziel	Durch die Einrichtung der Koordinierungsstelle werden Synergieeffekte nicht nur durch die Einsparung von Personalkosten erzielt. Zudem soll eine effiziente und wirtschaftliche Abwicklung der Vergabeverfahren geschaffen werden. Durch eine Vereinheitlichung der Vergabeplattform, von Vergabeunterlagen und Ansprechpartnern wird eine höhere Attraktivität bei Bieterinnen angestrebt.
Beabsichtigte Form der Kooperation	Zweckvereinbarung
Mehrwerte	<ul style="list-style-type: none">• Effizienzgewinn von 50% wird erwartet• Sicherstellung der Aufgabe auch im Kontext des Fachkräftemangels• Bündelung von Know-how• Sicherstellung des Leistungsangebotes, welches durch §55 Abs. 5 Sozialgesetzbuch VIII (SGB) zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechtes zum Januar 2023 gegeben wurde.
Kontakt	Herr Dominik Jonas Tel.: 0 631 / 7105-410 dominik.jonas@kaiserslautern-kreis.de

3. Interkommunaler Gerätewart im Brand- und Katastrophenschutz – VGen Herxheim u. Offenbach sowie der KV Südliche Weinstraße

→ Beantragte Fördermittel: 260.000 €

→ Gesamtkosten im Förderzeitraum: 251.231,10 €

Interkommunaler Gerätewart im Brand- und Katastrophenschutz	
Kommunen	Verbandsgemeinden Herxheim und Offenbach sowie die Kreisverwaltung Südliche Weinstraße
Aufgabenspektrum	<p>Der kommunale Aufgabenträger des Brandschutzes und der allgemeinen Hilfe stellen die beiden Verbandsgemeinden dar, der Landkreis ist der Aufgabenträger für den überörtlichen Brand- und Katastrophenschutz. Zusammen soll personell ein interkommunaler Gerätewart etabliert werden.</p> <ul style="list-style-type: none">• Wartung, Prüfung und Betreuung der jeweiligen Gerätschaften vor Ort.
Ziel	Zielsetzung des IKZ-Kooperationsprojektes ist die Steigerung von Effizienz und Qualität sowie die Bildung personeller Redundanzen im Bereich des Brand- und Katastrophenschutz. Somit entfallen lange Abstimmungsprozesse und Individualabrechnungen. Eine schnelle Reaktion und Behebung auf Defekte kann vorgenommen werden. Zudem wäre eine jeweilige Einstellung in Teilzeit je beteiligten Partner schwierig. → Erhöhung der Einsatzbereitschaft
Beabsichtigte Form der Kooperation	Noch offen
Mehrwerte	<ul style="list-style-type: none">• Entlastung der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörige bei der vorgeschriebenen Wartung und Prüfung• Sicherstellung der Aufgabe auch im Kontext des geringen Stellenumfangs je Partner• Zentraler Ansprechpartner „Gerätewart“
Kontakt	Herr David Jochim Tel.: 0 72 76- 501 135 d.jochim@herxheim.de

4. Gemeinsame Vergabestelle – VGen Kaisersesch, Ulmen, Cochem und Zell (Mosel)

→ Beantragte Fördermittel: 370.000 €

→ Gesamtkosten im Förderzeitraum: 704.520 €

Gemeinsame Vergabestelle	
Kommunen	Verbandsgemeinden Zell (Mosel), Ulmen, Cochem und Kaisersesch
Aufgabenspektrum	Aufbau und Implementierung einer gemeinsamen zentralen Vergabestelle
Ziel	Professionalisierung der öffentlichen Auftragsvergabe
Beabsichtigte Form der Kooperation	Zweckvereinbarung
Mehrwerte	<ul style="list-style-type: none">• Bündelung von Ressourcen• Bündelung von Spezialwissen → Wissensmanagement• Entlastung der Fachdienststellen• Effiziente Gestaltung von Prozessabläufen
Kontakt	Frau Daniela Saxler Tel.: 0 2676/409 222 daniela.saxler@ulmen.de

5. Optikom: Prozessoptimierung – VGen Diez, Kaisersesch, Montabaur, Weißenthurm

→ Beantragte Fördermittel: 370.000 €

→ Gesamtkosten im Förderzeitraum: 476.638 €

OPTIKOM - Prozessoptimierung	
Kommunen	Verbandsgemeinden Kaisersesch, Diez, Montabaur, Weißenthurm
Aufgabenspektrum	<p>Prozessoptimierung bildet die Basis erfolgreicher Verwaltungsdigitalisierung. Die VG Diez, Kaisersesch, Montabaur und Weißenthurm bauen ein gemeinsames Prozessmanagement auf. Bestandteile sind ein kommunales Prozessregister als Blaupause für Rheinland-Pfalz, regelmäßige Prozessoptimierungen in den Verwaltungen und ein strukturierter Austausch untereinander.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau eines Prozessregisters • Untersuchung von Prozessen • Definition von gemeinsamen Standards und Festlegung von Standards
Ziel	Verwaltungsoptimierung durch Prozessmanagement
Beabsichtigte Form der Kooperation	Zweckvereinbarung
Mehrwerte	<ul style="list-style-type: none"> • Beschleunigung der Digitalisierung: einheitliche Prozesse und IT-Systeme • Effizienzgewinne: einheitliche Methode und Werkzeuge reduzieren den Aufwand für Schulungen und erleichtern die Implementierung neuer Prozesse • Verbesserung des Ressourceneinsatzes • Netzwerkbildung hinsichtlich des Wissens- und Erfahrungsaustausches
Kontakt	Frau Barbara Krischke Tel.: 0 64 32 / 501-195 b.krischke@vgdiez-de

6. Gemeinsamer kommunaler Vollzugsdienst – VGen Pellenz, Mendig, Rhein-Mosel

→ Beantragte Fördermittel: 260.000 €

→ Gesamtkosten im Förderzeitraum: 211.940 €

Gemeinsamer Kommunaler Vollzugsdienst	
Kommunen	Verbandsgemeinden Pellenz, Mendig, Rhein-Mosel
Aufgabenspektrum	Gemeinsamer interkommunaler Vollzugsdienst im Ordnungswesen: <ul style="list-style-type: none">• Verrichtung des Vollzugsdienstes zur Verschlankung des Personalkörpers• Kommunales Wissensmanagement• Verbesserung von Schulkontrollen• Deckung des Mehrbedarfs bei der Neueinführung der Cannabis-Kontrolle
Ziel	Durch die Errichtung des gemeinsamen Kommunalen Vollzugsdienstes werden die Kooperationspartner in die Lage versetzt den stetig steigenden Anforderungen nachzukommen.
Beabsichtigte Form der Kooperation	Kooperationsvereinbarung
Mehrwerte	<ul style="list-style-type: none">• Wissensmanagement• Einsparung der Personalressource• Einsparung von externen Sicherheitsdiensten• Verbesserung des Ressourceneinsatzes• Netzwerkbildung hinsichtlich des Wissens- und Erfahrungsaustausches
Kontakt	Frau Jana Richter Tel.: 0 26 32 – 299 616 jana.richter@pellenz.de

7. Zentrale Bußgeldstelle – Regiopole Mittleres Rheinland

→ Beantragte Fördermittel: 340.600 €

→ Gesamtkosten im Förderzeitraum: 340.600 €

Zentrale Bußgeldstelle	
Kommunen	Verbandsgemeinden Weißenthurm, Montabaur, Vallendar und die Städte Andernach, Bendorf, Koblenz, Lahnstein sowie Neuwied
Aufgabenspektrum	Einrichtung einer zentralen Bußgeldstelle, um Prozesse durch einheitliche Software zu standardisieren und Ressourcen effizienter zu nutzen. Die beteiligten Kommunen entscheiden, welche Bußgeldtatbestände eingebracht werden. Durch die zentrale Bündelung und digitale Vernetzung soll die Effizienz gesteigert und eine Entlastung erreicht werden.
Ziel	Beabsichtigt ist, eine zentrale Bußgeldstelle einzurichten, die mittels einheitlicher Software digital vernetzt ist und von den Mitarbeiter:innen in den jeweiligen Stammbehörden digital angesteuert wird. Somit ist vor allem beabsichtigt, Personalkosten einzusparen, Prozesse zu standardisieren und die Durchführung von Bußgeldverfahren effizienter zu gestalten. Einsparungen von rund 22 % werden erwartet.
Beabsichtigte Form der Kooperation	Noch offen
Mehrwerte	<ul style="list-style-type: none">• Spezialisierungsgewinne• Synergieeffekte• Kosteneinsparung• Effizienzgewinne• Netzwerkbildung hinsichtlich des Wissens- und Erfahrungsaustausches
Kontakt	Herr Tobias Krümpelmann Tel.: 0 26 37 – 913 205 Tobias.Kruempelmann@vgwthurm.de

8. DekonV Vorderpfalz – Städte Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer sowie der Rhein-Pfalz-Kreis

→ Beantragte Fördermittel: 370.000 €

→ Gesamtkosten im Förderzeitraum: 385.150 €

DekonV Vorderpfalz	
Kommunen	Städte Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer sowie die Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis
Aufgabenspektrum	<p>Die vier Gebietskörperschaften werden sich im Rahmen des Projekts gemeinsam dem Thema Dekontamination von verletzten Personen annehmen. Die aktuelle Situation (Ausstattung der Feuerwehren, Ausstattung der SEG, Ausstattung des Regelrettungsdienstes) erlaubt es nicht, medizinischem Personal den sicheren Zugang zu kontaminierten Verletzten zu ermöglichen oder deren Dekontamination medizinisch zu begleiten.</p> <ul style="list-style-type: none">• Entwicklung einer Einsatzplanung• Beschaffung und Lagerung• Ausbildung
Ziel	Sicherstellung der Dekontamination von verletzten Personen
Beabsichtigte Form der Kooperation	Kooperationsvereinbarung
Mehrwerte	<ul style="list-style-type: none">• Sicherstellung der medizinischen Versorgung und Stabilisierung vor und während der Dekontamination• Steigerung des Bevölkerungsschutzes• Synergieeffekte• Verbesserung des Ressourceneinsatzes• Netzwerkbildung hinsichtlich des Wissens- und Erfahrungsaustausches
Kontakt	Herr Christian Lenhard Tel.: 0 62 1/504-6516 Christian.lenhard@ludwigshafen.de

9. Dienstleistungszentrum Brand- und Katastrophenschutz – Stadt Germersheim und VGen Bellheim und Lingenfeld

→ Beantragte Fördermittel: 210.000 €

→ Gesamtkosten im Förderzeitraum: 281.408 €

Dienstleistungszentrum Brand- und Katastrophenschutz	
Kommunen	Stadt Germersheim sowie die Verbandsgemeinden Bellheim und Lingenfeld
Aufgabenspektrum	Einrichtung eines zentralen Dienstleistungszentrums für Brand- und Katastrophenschutz mit zentralen Werkstätten für Atemschutz, Schläuche und Schutzkleidung
Ziel	Effiziente und effektive Umsetzung der kommunalen Pflichtaufgabe und somit Stärkung des kommunalen Brand- und Katastrophenschutzes
Beabsichtigte Form der Kooperation	Zweckvereinbarung
Mehrwerte	<ul style="list-style-type: none">• Bündelung von Ressourcen im Brand- und Katastrophenschutz• Stärkung der Resilienz• Synergieeffekte in der gemeinsamen Aufgabendurchführung• Haushaltsentlastungen durch Kostenteilung (zu berücksichtigen ist hier dennoch der Faktor der Umsatzsteuer)
Kontakt	Herr Michael Rheude Tel.: 0 72 74 / 960 241 michael.rheude@germersheim.eu

10. Kommunaler Betrieb zur Grünflächenpflege – VG Saarburg-Kell

→ Beantragte Fördermittel: 370.000 €

→ Gesamtkosten im Förderzeitraum: 839.000 €

Kommunaler Betrieb zur Grünflächenpflege	
Kommunen	Verbandsgemeinde Saarburg-Kell, die Stadt Saarburg sowie Ortsgemeinden Ockfen, Trassem, Schoden und Waldweiler
Aufgabenspektrum	Einrichtung eines kommunalen Betriebs zur Grünflächenpflege.
Ziel	Verbesserung des bestehenden öffentlichen Leistungsangebots und Bewältigung einer kommunalen Aufgabe im Verbund, welche auf örtlicher Ebene nicht oder nicht gleichwertig gelöst werden könne.
Beabsichtigte Form der Kooperation	Rechtsform nach §§ 85ff. GemO
Mehrwerte	<ul style="list-style-type: none">• Bündelung von Ressourcen in einem kommunalen Betrieb• Stärkung der Resilienz• Synergieeffekte in der gemeinsamen Aufgabendurchführung• Haushaltsentlastungen durch Kostenteilung (zu berücksichtigen sind steuerrechtliche Aspekte)• Aufgabenbewältigung, was auf örtlicher Ebene nicht oder nicht gleichwertig gelöst werden kann
Kontakt	Frau Victoria Schmitt Tel.: 0 65 81 / 81 168 projektentwicklung@saarburg-kell.de